



**INITIATIVENTSCHLIESSUNG Nr. 5)  
MISSBILLIGUNG PRÄSIDENT TEMERS**

**Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI),  
versammelt in Genf, Schweiz, vom 31. Oktober bis zum 3. November 2017**

Die brasilianische Delegation stellt einen Antrag auf Missbilligung Präsident Temers, der gestern eine Übergangsmaßnahme zum Nachteil aller im öffentlichen Sektor Beschäftigten und der brasilianischen Nation bekanntgegeben hat.

Die Übergangsmaßnahme erfolgte auf Grundlage der Verfassungsänderung 95, die einen Investitionsstopp über 20 Jahre vorsieht, und bedeutet eine Aberkennung der in harten Verhandlungen erkämpften und gesetzlich verankerten Rechte staatlich Bediensteter, indem bereits verhandelte Anpassungen zurückgestellt und die Sozialabgaben von 11 auf 14 Prozent erhöht werden.

Diese Initiative der Regierung betrifft alle Beschäftigten im öffentlichen Sektor Brasiliens und ist Teil der neoliberalen Agenda der Plünderung der öffentlichen Dienste, der Abschaffung des Wohlfahrtsstaates und der Abkehr vom Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit.

**WIR LEHNEN DIESE MASSNAHMEN AB.**

*Eingereicht von Joao Domingos Gomes dos Santos, CSPB, und Paula Leite, SINDSEP-SP, für die brasilianische Delegation*

*Unterstützt von: FSC-CCOO (Spanien), FSS-CCOO (Spanien), CyS-CCOO (Spanien), FP-UGT (Spanien), FP-CGIL (Italien), PASYDY (Zypern), SEK (Zypern), CGSP (Belgien), UNISON (VK), PCS (VK), UNITE the Union (VK), INTERCO-CFDT (Frankreich), FNME-CGT (Frankreich), FSP-CGT (Frankreich), CFDT Santé Sociaux (Frankreich), SNAPAP (Algerien) und den Delegationen aus Argentinien, Chile, Paraguay, Uruguay, Venezuela, Kolumbien, Ecuador und Mexiko.*